

# MiB

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Leipzig

**Mitteilungsblatt**

Nr. 11 vom 19. November 2013

# Basiskonferenz

Am 18. Januar 2014 findet eine Basiskonferenz des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE. Leipzig im Liebknechtshaus, Braustraße 15, Leipzig zur Vorbereitung auf das Wahljahr 2014 statt.

Die Basiskonferenz beginnt um 10.30 Uhr mit einem gemeinsamen Brunch, ab 11.00 Uhr soll dann in verschiedenen Arbeitsgruppen die Organisation und die Konzeption des Stadtverbandes zu den einzelnen Wahlen im Wahljahr 2014 diskutiert werden.

## Vor großen Herausforderungen im Jahr 2014

Zu den wichtigsten Lehren der Bundestagswahl gehört, dass man die politische Stimmung hinsichtlich der Akzeptanz der amtierenden Regierung illusionslos und ohne jedes Wunschdenken beachten muss. Wenn man wie SPD und Grüne eine Koalitionsaussage ins Zentrum der Wahlstrategie rückt, ohne dass eine Wechselstimmung in der Bevölkerung und damit eine Mehrheitschance vorhanden ist, hat man ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die seit mehreren Jahren wirkende Finanz- und Wirtschaftskrise hat nämlich längst auch die Köpfe von Millionen Menschen erfasst. Plattitüden, Allgemeinplätze, Stammtischparolen und falsche Analogieschlüsse finden sich nicht nur in den Medien, sondern auch im Denken vieler Teile der Bevölkerung. Und aus diesem Giftcocktail steigt die Angst vor dem sozialen Abstieg oder gar dem Absturz auf, die wiederum immer mehr irrationale Reaktionen hervorruft. Man spürt es im gesamten Land im Umgang mit dem Flüchtlingsthema und auch in Leipzig beim Stichwort Asylbewerber oder Moschee in Gohlis: wenn relevante Teile der Mittelschicht einen Wohlstands- und Statusverlust befürchten, wächst die Gefahr, dass sich Ausgrenzungsideologien wie Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus in der Gesellschaft ausbreiten und am Ende durchsetzen.

Damit möchte ich zu den nächsten Aufgaben der Leipziger LINKEN überleiten.

Die vor uns liegenden Monate bis zum Sommer 2014 werden hauptsächlich von den drei bevorstehenden Wahlkämpfen geprägt sein. Für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 haben wir erklärtermaßen ein ehrgeiziges Ziel: erstmals möchten wir diese Wahlen gewinnen und als stärkste Partei in den Stadtrat einziehen. Die Voraussetzungen dafür sind durchaus gegeben, und wir haben vieles selbst in der Hand. Die personelle Situation ist günstig wie nie: dank des Projekts 10 mal 10 haben wir derzeit 106 Kandidierende, das ist fast doppelt so viel wie 2004 und 2009. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern.

Auch inhaltlich sind wir schon ein wesentliches Stück vorangekommen. Euch liegt der Entwurf sowohl des Kommunalwahlprogramms als auch eines Zukunftspapiers vor; über beide Texte beginnt heute nicht nur die parteiinterne, sondern auch die öffentliche Diskussion, die bis zur endgültigen Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms auf dem nächsten Parteitag am 1. Februar 2014 gehen wird. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei der Redaktionsgruppe, namentlich also bei Skadi Jennicke, Bernhard Krabiell, Christina Mertha, Dietmar Pellmann, Franziska Riekewald und Steffen Wehmann für die bislang geleistete Arbeit ganz herzlich zu bedanken.

Ich will auf einen Prozess hinweisen, den wir alle bei der weiteren Debatte

um die endgültige Fassung sowohl dieser beiden Dokumente als auch der angestrebten Ausarbeitung von speziellen Wahlprogrammen für die zehn Wahlkreise nicht aus dem Auge verlieren sollten: Die allenthalben bejubelte demografische Entwicklung in Leipzig vollzieht sich innerhalb der Stadt sozialräumlich sehr differenziert. Wachsenden, jungen Ortsteilen stehen schrumpfende, alternde Ortsteile gegenüber. Weiterhin sind der Osten und der Westen die Schwerpunkträume der integrierten Stadtentwicklung: hier lohnt sich das gründliche Studium des Sozialreports 2012. Dieses soziale Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft, das räumlich mitunter nur ein bis zwei Kilometer voneinander entfernt stattfindet und vor allem viele Kinder trifft, muss uns permanent beschäftigen. Nicht zuletzt wegen der sehr unterschiedlichen Wahlbeteiligung bzw. des Wahlverhaltens, das künftig auch zu Anpassungen unseres jeweiligen Wahlkampfes vor Ort führen sollte. Hier sollten wir die bevorstehenden Mitgliederversammlungen im November und Dezember in den Stadtbezirksverbänden eben nicht nur zur Wahl der jeweiligen Delegierten bzw. Vertreter, sondern auch zur konkreten inhaltlichen Debatte nutzen.

**Dr. Volker Külöw**

## Erster Gedenkort für Opfer rechter Gewalt in Leipzig

Der 24.10.2010 war für viele Menschen in Leipzig ein einschneidender Tag. An diesem Tag verlor der erst 19-jährige Kamal sein Leben. Er musste sterben, weil er nicht ins Weltbild zweier Rassisten passte, auf die der aus dem Irak stammende junge Mann im Park vor dem Hauptbahnhof traf. Gegen die Auffassung von Polizei, Staatsanwaltschaft und einiger Medien kämpften Engagierte gemeinsam mit der Familie und FreundInnen von Kamal lange gegen die Auffassung, dass es sich hier um eine unpolitische Gewalttat oder gar um einen „Miliemord“ gehandelt hätte. Schlagende Indizien dafür waren das Erscheinungsbild und der politische Hintergrund der beiden Täter. Diese trugen nicht nur in der Mordnacht einschlägige, der rechten Szene zuzuordnende Bekleidung, sondern sind mit Nazitätowierungen übersät und waren jeweils in rechten politischen Strukturen aktiv.

Am 8.7.2011 fällt das Landgericht Leipzig ein Urteil, das als herausragend galt und gilt: der Haupttäter, Marcus E., wurde wegen Mordes verurteilt, sein Kumpan Daniel K. wegen gefährlicher Körperverletzung. Vor allem aber erkannte das Schwurgericht das rassistische Tatmotiv an, was dazu führte, dass die Bundesregierung den Mord offiziell als rechts motiviert anerkennt.

Dieses Urteil ist auch Ergebnis des unermüdlichen Engagements zahlreicher Menschen, die sich nicht mit der Aussage der Behörden, dass „kein rassistisches Tatmotiv vorläge“, abspeisen ließen.

Deutsche Behörden tun sich seit jeher schwer mit der Anerkennung von rechten Tatmotiven. Schließlich musste damit eingestanden werden, dass

in Deutschland die Unversehrtheit von Menschen anderer Herkunft, Lebensweise und sozialem Status immer wieder ernsthaft bedroht wäre. Ein gravierendes Problem ist zudem die mangelnde Sensibilisierung von lokalen Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften, die die grundlegende Ermittlungsarbeit leisten.

Die Bundesregierung erkennt nur 63 rechts motivierte Morde im wiedervereinigten Deutschland an, während eine fundierte Schattenstatistik von Jour-

te Verdachtsfälle einer umfassenden Überprüfung unterzogen.

Das Urteil gegen die Mörder von Kamal wird ihn nicht wieder lebendig machen. Doch es gibt ihm und seinen Angehörigen und FreundInnen ein Stück Gerechtigkeit zurück. Und es markiert die Abgründe dieser Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der Menschen im äußersten Fall sterben müssen, weil sie eine andere Hautfarbe oder Herkunft haben, weil sie nicht-heterosexuell leben, weil sie sozial deklassiert sind –

weil sie von einer behaupteten deutschen Norm abweichen.

Der erste Gedenkort für Opfer rechter Gewalt in Leipzig wurde am 3. Jahrestag des Mordes an Kamal eingeweiht. Er findet seinen Platz an dem Ort, an dem sein Leben ausgelöscht wurde.

Der Weg zu dieser überfälligen Erinnerung war steinig und drohte fast an Denkmalschutzaufgaben und künstlerischen Befindlichkeiten offizieller Stellen zu scheitern.

Der nun errichtete Gedenkort ist über die Würdigung von Kamal hinaus der Beginn ei-

ner aktiven lokalen Erinnerungsarbeit für die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart. Er ist ein Mahnmal für die Würde und Unversehrtheit aller Menschen und markiert gleichsam die Bereitschaft vieler Engagierter, den Fehleinschätzungen, Fehlleistungen und Bagatellisierungsversuchen staatlicher Institutionen zu widersprechen.



nalistInnen von ZEIT und Tagesspiegel knapp über 150 führt.

Seit Jahren engagiert sich die LINKE im Deutschen Bundestag für die nachträgliche Anerkennung der verschwiegenen Toten rechter Gewalt. In Einzelfällen gelingt dies immer wieder, zuletzt unter anderem im Fall des Mordes an Achmed B., der am 23.11.1996 in der Leipziger Südvorstadt von zwei Nazis erstochen wurde. 15 Jahre danach wurde er vor dem Hintergrund des NSU-Schocks im Zuge einer von der LINKEN geforderten Nachüberprüfung als Opfer rechter Gewalt anerkannt. In Brandenburg werden im Auftrag der rot-roten Landesregierung derzeit bisher nicht anerkannt-

## Einberufung der Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter zur Wahl der Europaliste

Die Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE Leipzig wird für Samstag, den 11. Januar 2014, 11:00 bis 13:00 Uhr einberufen.

Die Konferenz findet in der GARAGE, Karl-Heine-Straße 97, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung (Tagesordnung, Zeitplan, Beschluss GO und WO)
3. Vorstellung und Wahl der Vertreterinnen und Vertreter zur Wahl der Europaliste
4. Schlusswort

Zu dieser Gesamtmitgliederversammlung werden alle Mitglieder der Partei

DIE LINKE, welche ihren Hauptwohnsitz in Leipzig haben, das 18. Lebensjahr vollendet haben und Europäische Staatsbürger sind, eingeladen.

**Stadtvorstand  
DIE LINKE. Leipzig**

## Spendenaufruf

Albanien gehört zu einen der ärmsten Ländern Europas. Die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich sowie die fatalen Auswirkungen von Privatisierungen und der Wirtschaftskrise haben neben finanziellen Problemen auch psychische Probleme, Zwangsprostitution und Kriminalität zur Folge. Besonders Kinder sind die Leidtragenden dieser negativen Entwicklung. Deshalb sorgen staatlich nicht finanzierte Kinderheime für die Aufnahme der Kinder in eine neue Gemeinschaft, in der sie sich wohlfühlen und auch gefördert werden. Ebenso werden sie dort vor kriminellen Banden geschützt.

Das Kinderheim Rreze Diellie liegt eine Stunde von Tirana entfernt und bietet verarmten und elternlosen Kindern eine neue Zukunft. Geld ist für das Heim nicht erstrangig, aber ohne Geld geht es auch nicht. Zum Beispiel werden noch Finanzen zum Bau eines neuen Baumhauses, aber auch für neue Unterrichtsmaterialien benötigt.

Wie letztes Jahr werden wir auch zum diesjährigen Weihnachtsfest das Kinderheim besuchen und die Kinder mit einer großen Spenden sowie Süßigkeiten u. a. m. überraschen.

Spenden können mir persönlich übergeben oder auf folgendes Konto über-

wiesen werden:

**Sparkasse Leipzig**

**BLZ: 86055592**

**Kontoinhaber: Burzlaff/Rüdiger**

**Kontonummer: 163 1408948**

**Verwendungszweck: „Spende für Kinderheim in Albanien“.**

Wir freuen uns auf Eure Spende

**Ricky Burzlaff**

## Einberufung der 6. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Der Vorstand DIE LINKE. Stadtverband Leipzig hat auf seiner Sitzung am 12. November 2013 folgenden Beschluss gefasst:

Die 6. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE Leipzig wird für Samstag, den 1. Februar 2014, 9:30 bis 15:00 Uhr einberufen.

Die Konferenz findet im Veranstaltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

hen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
3. Referat des Vorsitzenden
4. Einbringung des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms 2014
5. Diskussion
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Anträge
8. Beschlussfassung des Kommunalwahlprogramms
9. Schlusswort

Antragsschluss: 24. Januar 2014 12:00 Uhr

**Stadtvorstand  
DIE LINKE. Leipzig**



## Gedanken zur Lage der Kinder und Jugendlichen in Leipzig

Die Geburten in unserer Stadt sind wieder gestiegen, das ist eine gute Nachricht.

Allerdings haben sich dadurch die Zahlen der Frühgeburten auch in Leipzig deutlich erhöht. Die Geburtskliniken sind gut aufgestellt, und die Zusammenarbeit untereinander funktioniert noch, trotz des marktwirtschaftlichen Konkurrenzdenkens, dass allerdings im Gesundheitswesen abgeschafft gehört.

Diese Zusammenarbeit ist vor allem in der Situation wichtig, wenn der Start ins Leben nicht ohne Komplikationen verläuft und eine intensivere Versorgung auf einer neonatalen Station erfolgen muss. Kommt der Anruf mit der Bitte, das Baby zu übernehmen, fährt der Arzt dann mit dem Rettungswagen und dem Transportinkubator los, um das Kind unter medizinisch sicheren und warmen Bedingungen zu übernehmen. Die Eltern können meist ihr Kind begleiten.

Schon bald nach der Geburt beschäftigt die Eltern dann die Frage nach einem Kitaplatz. In Leipzig ist die komplette Umsetzung des Rechtsanspruchs noch nicht erfolgt, im Gegenteil, wir haben eine vergleichsweise niedrige Betreuungsquote bei den Kindern unter drei

Jahren. Als Alternative dazu bleibt daher den Eltern nur, ihre Kinder bei Tagesmüttern anzumelden oder auf andere flexible Angebote zurückzugreifen. Besonders benachteiligt durch die Zugangskriterien in der Kinderbetreuung sind die Eltern die keine Arbeit nachweisen haben, meistens auch finanziell schwach sind und sich ihren Anspruch notfalls deshalb auch nicht einklagen können. Unser Ziel sollte aber sein, das jedem Kind in unserer Stadt eine wertvolle pädagogische Betreuung gesichert ist.

Die Erziehung unserer Kinder wird scheinbar immer schwieriger! Ist das so? Schlechte Zeiten für Eltern gab es schon immer, finanzielle Notlagen, Kriege, soziales Ungleichgewicht. Wo liegt also heute das Problem? Gibt es zu viele Expertenmeinungen?

Kein Kind kann mehr frei auf der Straße spielen, die Entfaltung in der Natur ist stark beschränkt, es werden künstliche Räume geschaffen in denen der Fantasie kaum Platz gegeben wird und die ständige kommunikative Vernetzung hat die Kinder voll in ihrem Bann.

Sehr hoch ist der Druck auf das Kind und die Eltern durch unser Bildungssystem. Dieser Druck bringt solche Erscheinungsphänomene hervor wie die

sogenannten "Helikoptereltern". Das sind Eltern, die sich nicht scheuen einen gerichtlichen Weg einzuschlagen, wenn sie mit der Benotung ihrer Kinder unzufrieden sind.

Oder das andere Extrem, die Schulabrecherquote liegt in Leipzig um die 14 %. Nach Aussagen der Jugendsozialarbeit steht dies im engen Zusammenhang mit der sozioökonomischen Lage der Eltern. Finanzielle Nöte belasten stark die Erziehungskompetenz der Eltern. Die Sozialarbeiter wünschen sich in diesen Problemfamilien eine bessere Zusammenarbeit der Behörden.

Für optimale Bildungschancen brauchen wir Ganztageschulen, kleinere Klassenstärken, die Aufhebung der frühzeitigen Trennung und mehr Lehrer! In dieser angespannten Lage ist es wichtig, dass alle Bürger und Beteiligten in der Kinder und Jugendarbeit viel leisten und bewirken, wie unser Stadtrat, der es geschafft hat der Schulsozialarbeit eine Zukunft zu geben.

**Odette Gleininger**  
**Sprecherin AG Soziale Politik**

## Einberufung der 5. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Die 5. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Leipzig wird für Samstag, den 11. Januar 2014, 9:00 bis 11:00 Uhr einberufen.

Die Konferenz findet in der GARAGE, Karl-Heine-Straße 97, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung (Tagesordnung, Zeitplan)

3. Vorstellung und Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag
4. Anträge
5. Schlusswort

**Stadtvorstand**  
**DIE LINKE. Leipzig**



### Einladung

Die Basisgruppe Messemagistrale der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig lädt zu einem Bildungsabend unter dem Thema:

„Chefermittler – Der oberste Fahnder der K in der DDR berichtet“

alle Genossinnen und Genossen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger ein.

Genosse Gerhard Lauter stellt sein Buch vor. Wir wollen mit ihm ins Gespräch kommen.

Ort: Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a

Datum: Mittwoch, 27.11.2013

Uhrzeit: 18.00 Uhr.

## Ausschnitte\* der Rede von Rico Gebhardt auf dem Stadtparteitag in Leipzig am 19. Oktober 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

(...) und damit komme ich zum letzten Teil meiner heutigen Rede, nämlich den Ausblick auf die Landtagswahlen im nächsten Jahr und meine Vorschläge für unser strategisches Vorgehen. Ich habe mir dazu 12 Punkte notiert:

1. Wir werben um unsere eigenen politischen Botschaften. Die Menschen sollen in erster Linie erfahren, was unsere Vorstellungen für ein besseres Leben sind. Erfahrungen in Sachsen zeigen, dass mit Negative-Campaigning keine Meinungsführerschaft zu gewinnen ist.

2. Wir argumentieren nicht für die Abwahl der CDU, sondern für die Wahl ihres sächsischen Gegenpols – DIE LINKE. Eine Mehrheit der Menschen, die voraussichtlich nächstes Jahr wählen gehen, haben schon mal CDU gewählt bzw. können sich vorstellen, dies zu tun. Dafür haben sie aus ihrer Sicht gute Gründe, die man nicht damit aus der Welt schafft, dass man den Leuten suggeriert, sie seien bisher zu dumm gewesen, erkennen zu können, dass sie das Falsche wählen. Menschen haben Angst vor dem Ungewissen. Darum wird es unsere Aufgabe sein, ihnen ihre Sorgen zu nehmen und ihnen – glaubwürdig und nachvollziehbar – zu vermitteln, dass es mit uns in der Regierung nicht schlechter, sondern vieles besser werden wird.

3. DIE LINKE ist die politische Sozialversicherung im Landtag. Ohne uns werden soziale Themen nur als Randthemen behandelt. Wir haben soziale Visionen entwickelt. Wir sind das Original. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit – ohne Wenn und Aber.

4. DIE LINKE ist anders – der Wahlkampf wird zur Entdeckungsreise. Wir können mehr als nur umverteilen, wir können mehr als das, was oft genug über uns gesagt oder geschrieben wird.

Wir treten für eine starke mittelständische Wirtschaft ein und pflegen einen guten Draht zu Handwerksbetrieben der Region. Und: Wir können mit Geld verantwortungsbewusst umgehen. Seit dem Jahr 2000 gehen unser Haushaltsforderungen im Sächsischen Landtag nicht über das vorgegebene Gesamtvolumen hinaus. Wir nennen es Alternativer Haushalt. (...)

5. DIE LINKE ist freundlich – wir mögen



Menschen. Deshalb spielen wir nicht den Oberlehrer und tun so, als gäbe es das ideale Leben. Das unterscheidet uns von der gesamten politischen Konkurrenz. Wir glauben auch nicht, dass Menschen durch Verbote und Strafen besser werden. Eher durch Versuch und Irrtum. Wir haben nicht immer alles schon (besser) gewusst, sondern sind gemeinsam mit der Bevölkerung auf dem Weg in das Sachsen von morgen. In dem Land, das uns gefällt, darf man scheitern – und neu anfangen. – Wir brauchen Bilder, die diese „Weltanschauung“ mit viel Situationskomik auf den Punkt bringen.

6. Wir sind der Motor des politischen Wechsels in Sachsen. Uns geht es

nicht um uns selbst – wir sind nicht scharf drauf, den Ministerpräsidenten zu stellen oder uns von der CDU mit einem Teil ihrer Macht versorgen zu lassen. Wir lassen nicht das Allgemeinwohl von Konzernen oder mächtigen Institutionen definieren. DIE LINKE ist die unabhängige Kraft für ein soziales, freizügiges Sachsen! Weil wir gesellig und realistisch sind, versuchen wir den Politikwechsel nicht alleine, sondern wir sind bereit mit anderen zum gemeinsamen Handeln – auf der Ebene der Parteipolitik zuerst mit SPD und GRÜNE. Wir maßen uns aber nicht an, andere zu ihrem Glück zwingen zu wollen – wenn die Parteiführungen nicht mutig genug sind, müssen eben die Wähler/innen nachhelfen.

7. (...) Sachsen ist traditionell revolutionär – und die Sachsen sind friedliche Revolutionäre, wie sie auch im Herbst 1989 unter Beweis gestellt haben. (...)

9. Sachsen – unser Zuhause für alle, die hier leben – der Wohlfühl-Plan.

Wir haben einen Plan für dieses schöne Land: Dass sich seine Bewohner/innen hier wohlfühlen können. Alle unsere Leitlinien sind darauf abgestimmt, Rahmenbedingungen für ein möglichst angstfreies, sozial verwurzelt und individuell schöpferisches Leben zu schaffen. In diesem Sinne müssen die „Wohlfühlfaktoren“ in den verschiedenen Leitlinien herausgestellt werden, so dass die Leute zu Recht sagen können: Wenn das geschieht, geht es mir besser/fühle ich mich besser.

**Rico Gebhardt**

\*Die ganze Rede findet man auf der Webseite des Stadtverbandes Leipzig unter: [www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/Witte/Rede\\_Rico\\_Gebhardt\\_SPT.pdf](http://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/Witte/Rede_Rico_Gebhardt_SPT.pdf)

## Linkes Profil statt Allgemeinplätze (Auszüge\*)

### Zur Erklärung von Rico Gebhardt, 2014 als Spitzenkandidat zu kandidieren

Die Linke hat vor noch nicht einmal zwei Jahren in Erfurt mit überwältigender Mehrheit ein Programm beschlossen. Der Kapitalismus, so unter anderem, ist danach eine „Klassengesellschaft“. Er setzt seit den siebziger Jahren auf eine „neoliberale Wende“, dereguliert die Arbeitsmärkte und versucht, das Lohnniveau zu drücken. Erreicht wurde, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten verändert. Die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Entwicklungen werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik „entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt“. Zugleich macht der Kapitalismus eine strukturelle Krise durch. Dagegen, so das Erfurter Programm, ist die „Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand“ erforderlich. „Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine

linke demokratische, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“

Die Erklärung von Rico enthält eine völlig andere Sicht der Dinge. Kapitalismus, Kapitalmacht oder die Interessen der Lohnabhängigen sind seine Begriffe nicht. In seiner Erklärung kommt er zu dem Ergebnis, dass er es vermag, von oben auf die Wechselwirkung zwischen der eigenen Partei und die gestaltenden Kräfte der Gesellschaft (zu) schauen“ und „daher Die LINKE in Sachsen zu neuen Handlungsoptionen führen kann.“ Das habe mit seinem „politischen Stil“ zu tun. Dieser tritt bei Rico gewissermaßen an die Stelle der für ein linkes Politikverständnis bisher üblichen und unbedingt erforderlichen Einheit von Lageanalyse und Handlungsorientierung. Der politische Stil von Rico lässt den Kampf um progressive gesellschaftliche Veränderungen nicht nur als Illusionstheater, sondern als permanenten politischen Karneval erscheinen. Locker, jenseits jeder ernsthaften Analyse der gesellschaftlichen und politischen Zustände, die dem entgegenstehen, wird erörtert, wie wir alles gestalten können. Wir verzichten darauf, „den Ministerprä-

sidenten zu stellen.“ Weil wir „gesellig und realistisch“ sind, versuchen wir den Politikwechsel nicht allein, „sondern sind bereit mit anderen zum gemeinsamen Handeln – auf der Ebene der Parteipolitik zuerst mit SPD und GRÜNE.“ Vor weiteren „friedlichen sächsischen Revolutionen“ haben wir keine Angst. Politik darf nicht länger „langweilig“ sein. „Wir wollen eine sächsische Staatsregierung haben, die so interessant ist wie die Sachsen selbst.“ (...)

Von dem Spitzenkandidaten der LINKEN im bevorstehenden Landtagswahlkampf 2014 erwarten wir ein anderes Niveau hinsichtlich seines linken Profils wie auch seiner politischen Intelligenz.

**Heinz Bielan  
Bernd Könitz  
Siegfried Kretschmar  
Ekkehard Lieberam  
Sigmund Mai**

\*Die ganzen Text findet man auf der Webseite des Stadtverbandes Leipzig unter: [http://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/Witte/Witte\\_2/Allgemeinplaetze\\_statt\\_linkes\\_Profil.pdf](http://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/Witte/Witte_2/Allgemeinplaetze_statt_linkes_Profil.pdf)

## Friedensaktivistin und Drohnengegnerin - Medea Benjamin besucht Leipzig

Vielen Menschen in und außerhalb der USA ist Medea Benjamin vor allem durch ihre spektakulären Proteste mit der Frauen-Friedensgruppe „Code Pink“ bekannt. Im Mai 2013 unterbrach sie - vor laufenden Kameras - eine außenpolitische Grundsatzrede von Präsident Obama und forderte von ihm die Freilassung der Guantanamo-Häftlinge und die Einstellung des Drohnenkrieges der USA. Selbst Obama gab danach zu: „Es ist wert, dieser Frau zuzuhören.“

Medea Benjamin ist aber auch eine hochangesehene Autorin und Wissenschaftlerin. In ihrem neuen Buch „Drohnenkrieg – Tod aus heiterem Himmel“ enthüllt sie die Brutalität des sogenannten „Kriegs gegen den Terror“. Sie meint: Das Töten mit dem Joy-Stick

ist die letzte Konsequenz einer Militarisierung der Gesellschaft. Fast 4.000 Menschen, darunter auch unschuldige Kinder und Frauen, starben bis heute weltweit durch Drohneneinsätze. Die Spezialisten des Militärs fällen ihre Entscheidung zur Hinrichtung durch Drohnen am Monitor, tausende Kilometer vom Zielort der Hellfire-Raketen entfernt. Und oft genug ist es Töten auf Verdacht. Medeas Buch widmet sich auch dem machtpolitischen Hintergrund des Drohnenkrieges. Wem nützt er? Wer profitiert davon?

Am Freitag, dem 13. Dezember 2013, 18 Uhr, besucht Medea Benjamin Leipzig. Sie wird im Liebknecht-Haus aus ihrem Buch lesen und von Mut machenden Entwicklungen berichten, wie

sich immer mehr friedliebende Menschen weltweit gegen den Drohnenterror wenden. Gemeinsame Veranstalter sind der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig und die LAG Frieden und Internationales der LINKEN Sachsen.

**Moderation: Thomas Kachel  
Übersetzung: Elisa Külöw**

## Das Antifa-Treffen in Mala Upa ist immer eine Reise wert

Das bestätigten auch die 16 Leipziger Teilnehmer am 91. Treffen von Tschechen, Polen und insgesamt 150 deutschen Antifaschisten. Ein Höhepunkt war wieder die internationale Kundgebung in Mala Upa. Schon die Busfahrt zum Kundgebungsort erhöhte die Vorfreude auf das Treffen mit Gleichgesinnten. Alle gemeinsam sangen wir Lieder von Ernst Busch, die Gen. Prof. Koenitz auf einer CD zusammengestellt hatte. Beeindruckend ist jedes Jahr die Gemeinsamkeit des Kampfes aller anwesenden linken Kräfte. Parteiübergreifend wird immer wieder der Wunsch sichtbar, die Kräfte zu vereinen und die Kriegstreiber aufzuhalten. Gerade in Anbetracht der Situation in Syrien wurde von vielen Rednern unterstrichen, dass die Menschen der Welt ein Recht haben, in Frieden zu leben.

Ergreifend ist für alle, ob jung oder alt, ob Neuling oder alter Hase, wenn am Schluss der Kundgebung mehrsprachig von allen Anwesenden die Internationale gesungen wird. Da kommt besonders die internationale Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl Herz erwärmend zum Ausdruck.

Vor dem Treffen war unsere Gruppe vom Reisebüro TUK mit 32 Teilnehmern in Prag. Konkret in Josefstadt, also dem jüdischen Viertel mit dem jüdischen

Friedhof. Dabei waren wir überrascht von der Vielzahl junger Besucher. Und erschüttert, als wir in der Pinkas-Synagoge sahen, dass dort in den Räumen, an den Wänden vom Fußboden bis zur Decke, Namen von 77.297 umgebrachten jüdischen Bürgern standen. Alle waren sich einig und versicherten, dass sich das nie wiederholen darf. Wir haben viel gelernt über die jüdische Kultur insgesamt und sahen auch den jüdischen Friedhof, auf dem zum Teil aus Platzmangel acht bis 10 Gräber übereinander waren.

Anschließend hatten wir noch bei bestem Sonnenschein eine Dampferfahrt auf der Moldau, die einen würdigen Abschluss des Tages bildete. Doch zurück zum Tag der Kundgebung. Wie gewohnt, fand im Anschluss an die Kundgebung der traditionelle Aufstieg zur Schneekoppe statt. Da die Seilbahn repariert wurde, stand sie für die Rückfahrt der Bergsteiger nicht zur Verfügung. Das reduzierte die Zahl der Teilnehmer, weil schon der Aufstieg für uns überwiegend Ungeübte sehr schwierig ist. Aber TUK hatte sich darauf eingestellt und dem Alter einiger Teilnehmer Rechnung getragen. So fuhren wir von Pec aus mit dem Aussichtszug in die Berge und konnten das wunderschöne Riesengebirge bewundern und fotografieren.

Nach dem Abendbrot in unserem Hotel in Trutnov ging es noch zum Freundschaftstreffen. Da gab es von den teilnehmenden Organisationen kurze Ansprachen, und es wurden Geschenke ausgetauscht. Ein schwedischer Arzt wurde als Mitglied des Revolutionären Freundschaftsbundes aufgenommen. Es wurde gesungen und getanzt. Die 400-Euro-Spende von den Leipzigern überreichte Genossin Eva Firesch an den Vorsitzenden der KSCM Trutnow als finanzielle Unterstützung des Antifa-treffens. An dieser Stelle sei nochmals allen Spendern ganz herzlich gedankt. Auf der Heimfahrt hatten wir noch einen Stop in Liberec, einer sehr schönen Stadt mit einem architektonisch etwas ausgefallenem Rathaus. Da uns die Stadt mit nur 15 Grad Wärme empfing, war der Besuch der Innenstadt etwas kürzer. Nach wie vor gilt für diese Treffen der ewige Kalender, d. h. sie finden immer am letzten Wochenende im August statt, also am 30.08.2014. Bleibt nur zu wünschen, dass sich viele Teilnehmer melden und auch wieder Jugendliche zu unserem antifaschistischen Traditionstreffen nach Mala Upa mitfahren.

**Gerda Uhlig**

### Ausschreibung

Für die Organisation der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2014 in Leipzig stellt der Stadtvorstand DIE LINKE Leipzig

#### **eine Wahlkampfleiterin/einen Wahlkampfleiter**

auf Honorarbasis als befristetes Zweiteinkommen für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September 2014 ein.

Erwartet werden:

Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE

Organisations- und Leitungserfahrungen

Kenntnisse der Strukturen des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig

selbstbewusstes Auftreten in der Öffentlichkeit

Flexibilität des Zeitfonds

gute EDV-Kenntnisse

gute Kenntnisse der Parteistrukturen in der Stadt Leipzig, sowie auf Landes-, Bundes-, und Europaebene.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen erwarten wir bis zum 3. Januar 2014 per Post an den Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, bzw. per Mail an: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)

## Kurzbericht vom Landesjugendplenum: Programm beschlossen, Beauftragtenrat gewählt und junge Kandidierende nominiert

Vom 1. bis 3. November fand in Oschatz das Landesjugendplenum statt, also die Vollversammlung der linksjugend [solid] Sachsen. Auf dem Programm standen zahlreiche Programmpunkte. So wurde ein umfangreiches Landesjugendwahlprogramm beschlossen. Dieses ist zum einen das Programm des Jugendverbandes für die nächsten fünf Jahre und zum anderen auch Grundlage für die Positionierung der linksjugend [solid] Sachsen in der kommenden Debatte zum Landtagswahlprogramm von DIE LINKE. Sachsen. Das beschlossene Programm umfasst 14 Kapitel, von Arbeit und Bildung über Inklusion, Mitbestimmung und Laizismus hin zu Stadtentwicklung und Umweltpolitik sind fast alle denkbaren Themen vertreten. Vorher hatte eine Redaktionsgruppe den Entwurf erarbeitet und im Jugendverband wurde bereits auf einem Landesjugendplenum, zwei Konventen und im Internet diskutiert und verändert. In Oschatz wurden über 40 Änderungsanträge abgestimmt, bevor das Programm dann bei einer

Gegenstimme und einer Enthaltung mit übergroßer Mehrheit angenommen worden ist.

Darüber hinaus wurde auch ein neuer Beauftragtenrat, gewissermaßen ein gleichberechtigter Vorstand, gewählt. Diesem für zwei Jahre gewählten Gremium gehören wieder 10 Personen an. Besonders zu gratulieren ist hier den Leipziger\_innen Josephine Michalke, Marco Böhme und Sandra Weiße. Auch die Chemnitzer Genossin Corinna Böhme, die vor kurzem nach Leipzig gezogen ist (und nicht mit Marco Böhme verwandt ist), wurde gewählt. Schatzmeister ist wieder Rico Knorr, der in Leipzig und Dresden wohnt.

Auch zu einer zweiten wichtigen Entscheidung konnten die Anwesenden Mitglieder unter 27 Jahren ihre Stimme in die Wahlurnen werfen: Der Jugendverband hat insgesamt 6 junge Kandidierende nominiert, die bei der Aufstellung der sächsischen Landesliste zur Landtagswahl antreten sollen. Auf der gemischten Liste hat dabei unser Leip-

ziger Marco Böhme das beste Ergebnis mit über 88% Prozent bekommen, dem an dieser Stelle herzlich gratuliert sein soll. Auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung hat Anja Klotzbücher aus dem Landeschülerrat mit über 94% das beste Ergebnis bekommen.

Insgesamt ein umfangreiches Landesjugendplenum, dessen vollgestopfter Zeitplan spannenderweise übererfüllt werden konnte. Besonders gut ist weiterhin, dass sowohl die Linksjugend Leipzig auch wieder personell stark im Landesverband vertreten ist, aber gleichzeitig auch Dresden und Chemnitz und auch der ländliche Raum sich wiederfinden.

Mehr Informationen finden auch auf: [www.linksjugend-sachsen.de](http://www.linksjugend-sachsen.de)

**Tilman Loos**  
Jugendpolitischer Sprecher

## Einberufung der Kreiswahlversammlung

Vorbehaltlich des Landesparteitagsbeschlusses zum Wahl- und Aufstellungsverfahren der LINKEN Sachsen für die Landtagswahl 2014 beruft der Landesvorstand der LINKEN Sachsen folgende Kreiswahlversammlung ein:

Am 11. Januar 2014 findet ab 13:00 Uhr in Leipzig eine Versammlung der Mitglieder der Partei DIE LINKE in der kreisfreien Stadt Leipzig (Wahlkreise 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33) statt. Als Tagungsort ist die GaraGe, Karl-Heine-Straße 97, 04229 Leipzig vorgesehen.

1. Die Versammlung hat folgende Aufgaben:
  - Wahl der WahlkreisbewerberInnen der Partei DIE LINKE für die Landtagswahlkreise 27, 28, 29, 30, 31, 32 und 33
  - Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die LandesvertreterInnenversammlung aus der kreisfreien Stadt Leipzig zur Aufstellung der Landeslisten für die Landtagswahl 2014

2. Als WahlkreisbewerberIn kann nur gewählt werden, wer zum Sächsischen Landtag wählbar ist.
3. Bei der Wahl der WahlkreisbewerberInnen der Partei DIE LINKE für die Landtagswahlkreise 27, 28, 29, 30, 31, 32 und 33 sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE wahlberechtigt, die am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben, deutsche Staatsbürger sind, seit mindestens 3 Monaten ihren Hauptwohnsitz im jeweiligen Wahlkreis haben und nicht nach § 12 SächsWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
4. Als VertreterInnen sind Mitglieder der Partei DIE LINKE wählbar, die ihren Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen haben, deutsche Staatsbürger sind und am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben
5. Bei der Wahl der VertreterInnen für

die LandesvertreterInnenversammlung sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE wahlberechtigt, die ihren Hauptwohnsitz in der kreisfreien Stadt Leipzig haben, deutsche Staatsbürger sind und am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben.

6. Für die Organisation der Versammlung und die fristgerechte Einladung der Mitglieder der Partei DIE LINKE mit Hauptwohnsitz in der kreisfreien Stadt Leipzig ist der Kreisvorstand DIE LINKE. Leipzig verantwortlich.
7. Dieser Beschluss ist durch den Kreisvorstand DIE LINKE. Leipzig auf ortsüblichem Weg mindestens zwei Wochen vor der Versammlung allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE mit Hauptwohnsitz in der kreisfreien Stadt Leipzig bekannt zu machen.

**DIE LINKE. Sachsen**  
Landesvorstand

## Drogen im Programm

Im Oktober 2011 beschloss DIE LINKE ihr Parteiprogramm und legte den Menschen ihre Ziele und Motivationen dar. Viel wurde diskutiert und um viele Abschnitte wurde gerungen. Am Ende eines langwierigen und schwierigen Prozesses wurden alle MitgliederInnen vor die Entscheidung gestellt, das Programm anzunehmen oder abzulehnen. Diese entschieden sich in überwiegender Mehrheit für das Programm. DIE LINKE hat damit einen großen Schritt getan, um ihre Identität zu konstituieren und sich politisch von anderen Parteien abzugrenzen. Dies ist für eine linkspluralistische Partei mit einer lebhaften Debattenkultur keine Selbstverständlichkeit. Gerade weil es immer eine Spannung zwischen programmatischem Anspruch und realpolitischem Handeln geben wird, ist es legitim, ein Parteiprogramm zu interpretieren und sicher auch zu kritisieren. Jedoch sollte es um der Identität der Partei willen niemals einfach ignoriert werden.

In der Diskussion um die drogenpolitischen Leitlinien und die Drogenpolitik allgemein geschieht jedoch genau das. Naomi-Pia Witte Stadträtin der LINKEN und zuständig für Jugend, Soziales und Gesundheit mit Sitz im Drogenbeirat äußert sich in diversen Beiträgen derart repressionsorientiert, dass die Frage gestellt werden darf, ob sie die drogenpolitischen Grundsätze der Partei zur Kenntnis genommen hat, für die sie in der Stadtratsfraktion sitzt.

Exemplarisch für ihre Argumentation steht ein Text im Aktuellen Mitteilungsblatt der Stadtratsfraktion (Löwenzahn 03).

Die Autorin stellt die Behauptung auf, dass das Hauptproblem der legalen „Suchtmittel“ in deren Verfügbarkeit liegen. Die „Debatte“ über die Entkriminalisierung -verbotener Drogen führe daher in eine völlig falsche Richtung. Die „freie Verfügbarkeit“ von Drogen würde zwangsläufig zu einer Verlagerung des Drogenkonsums und gefährlichen Konsumformen führen. Weiter führt sie aus, dass der Schutz der Bevölkerung, hier gerade Kinder und Jugendlicher, vor dem Recht auf freie Verfügbarkeit von

„Suchtmitteln“ gewichtet werden muss. Letztlich wäre ein selbstbestimmter Umgang mit „Suchtstoffen“ sowieso nicht möglich, wie an dem Umgang mit legalen Drogen zu sehen ist.

Es ist erstaunlich, wie hier programmatische Festlegungen der LINKEN zu einer „Debatte“ umgedeutet und die Forderungen der eigenen Partei einfach ignoriert werden.

Um einen Aspekt ihrer Argumentation herauszugreifen: Gerne werden Kinder- und Jugendrechte herangezogen um die gegenwärtige Prohibitions politik zu rechtfertigen. Diese Prohibitions politik generiert jedoch kriminelle Märkte, welche sich in keiner Weise um Kinder und Jugendschutz kümmern. Im Wahlprogramm 2013 heißt es: „Die bisherige Kriminalisierung von Konsumierenden schränkt die Verfügbarkeit und den Konsum von Drogen nicht wirksam ein, sondern zwingt Konsumierende in den illegalen Markt.“ Diese Märkte sind durch die Tätigkeit der Polizei niemals nachhaltig in ihrem Angebotspotential gestört gewesen. Die Regulation des Drogenmarktes bietet hier überhaupt erst Möglichkeiten, Gesundheitsschutz sowie Kinder- und Jugendschutz zu etablieren. Es geht hierbei übrigens auch nicht einfach um die Freigabe von Drogen, wie von der Autorin suggeriert wird, sondern eine Abgabe von Drogen unter klar definierten und wenn nötig sehr strengen Kriterien.

Es ist nicht so, wie Naomi Pia Witte behauptet, dass ein Interessenkonflikt zwischen den Vertretern von Kinder- und Jugendrechten bzw. dem Schutz der Bevölkerung auf der einen Seite und den Vertretern des „Recht auf Rausch“ auf der anderen Seite gibt. Vielmehr würden regulierte Drogenmärkte die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Drogenkonsums schützen und dem/ der mündigen Erwachsenen die Möglichkeit geben, eigenverantwortlich über den eigenen Konsum zu entscheiden.

Übrigens ist es in den europäischen Ländern, wo auf die Verfolgung von DrogenkonsumentInnen weitgehend verzichtet wird und eine Tolerierung des

Angebotes (noch keine Regulation des Drogenmarktes) -stattfindet, zu keiner nennenswerten Ausdehnung des Drogenmarktes gekommen.

Das Parteiprogramm bringt es auf den Punkt, was vor diesem Hintergrund die Perspektive der LINKEN sein sollte:

„Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und langfristig eine Legalisierung aller Drogen beinhaltet.“

Dem inhaltlichen Profil, welches durch diesen Satz deutlich wird, sind aus meiner Sicht alle Akteure verpflichtet, welche DIE LINKE drogenpolitisch repräsentieren.

Gerade in einer großen und vitalen Stadt wie Leipzig sollten die drogenpolitischen Akteure der LINKEN in der Lage sein, den programmatischen Anspruch der Partei, die nicht weniger als eine grundsätzliche Umdenken zu diesem Thema fordert, mit den kommunalpolitischen Anforderungen zu verbinden.

Wie wichtig dies ist, zeigt das Beispiel Horst Wawrzynski. Der ehemalige Polizeipräsident und OB - Kandidat vergiftete -mit den von ihm angeordneten Komplexkontrollen und der Hetze gegen Drogenpräventionsprojekte in der lokalen Presse das Klima in der Stadt.

Hier entlud sich die Diskussion nicht nur um kommunalpolitische Themen, sondern gerade auch um verschiedene drogenpolitische Grundsatzfragen.

Gerade bei solch stark emotionalisierenden Themen müssen die mit dem Feld Drogenpolitik betrauten GenossInnen in der Lage sein den programmatischen Anspruch der Partei nach außen zu tragen. Werden die diese nicht geteilt, ist es wohl besser sich anderen Themen gebieten zuzuwenden.

## Drogen im Programm ? Eine Erwiderung

Unter der Überschrift „Drogen im Programm“ findet man in diesem Mitteilungsblatt einen Artikel von Ben Kretschmar, in dem er mir namentlich vorwirft, dass ich das Erfurter Parteiprogramm im Bereich Drogenpolitik ignoriere und aufgrund dessen die programmatischen Grundsätze im Stadtrat und im Drogenbeirat nicht repräsentiere.

Aufgrund der namentlich geäußerten Vorwürfe muss es mir erlaubt sein, dass ich direkt darauf antworte.

Nun gründen sich die Vorwürfe von Ben Kretschmar mir gegenüber auf meinen Artikel im Löwenzahn Nr 3/2013 und den darin vertretenen Thesen. Schauen wir uns diese also einmal etwas genauer an. So moniert Ben Kretschmar die Aussage: *„dass das Hauptproblem der legalen Suchtmittel in deren Verfügbarkeit liege. Die Debatte über die Entkriminalisierung verbotener Drogen führe daher in die völlig falsche Richtung.“*

Zur Problematik der Verfügbarkeit empfiehlt es sich, sich einmal mit Dr. Kurosch-Yazdi auseinanderzusetzen, ein Suchtmediziner, der eine Suchtklinik leitet und zur nichtstoffgebundenen Sucht forscht. Von ihm stammt die These: *„Mit der Verfügbarkeit steigt das Suchtpotential“*. Nach meiner Meinung und Beobachtung eine äußerst schlüssige These.

Dann möchte ich doch bitten, dass, wenn man mich schon kritisiert, man mich bitte dabei wenigstens richtig zitiert. In dem Artikel im „Löwenzahn“ spreche ich nicht davon, dass die *„Entkriminalisierung“* in die völlig falsche Richtung führt, sondern in dem Artikel steht, dass die *„Legalisierung“* in die falsche Richtung führe. Das ist etwas grundsätzlich anderes, auch wenn es sich ähnlich anhört.

Laut Wikipedia bezeichnet Legalisierung die Aufhebung eines Verbots, und begrifflich ist die Legalisierung von der Entkriminalisierung zu unterscheiden, die lediglich die Verbotsnorm aus dem Katalog der strafrechtlichen Maßnahmen nimmt.

Ich bin in keiner Weise gegen eine Entkriminalisierung von Drogenkonsumen-

ten, ganz im Gegenteil, sie ist ein wichtiger Bestandteil moderner Drogenpolitik und Voraussetzung, Betroffene mit Hilfsangeboten zu erreichen. Zur Entkriminalisierung muss man aber nicht zwangsweise Drogen legalisieren. Eine Entkriminalisierung der Drogenkonsumenten erreicht man z. B. auch durch eine bundeseinheitliche, großzügige Regelung der straffreien Menge zum Eigenverbrauch. Bekannterweise ist ja nicht der Konsum von illegalen Drogen strafbewehrt, sondern deren Besitz.

Die Legalisierung von Drogen sollte man dagegen aber äußerst differenziert betrachten, sie bedeutet nämlich nichts anderes als die vollkommene Freigabe des Drogenmarktes. Das Erfurter Parteiprogramm ist an dieser Stelle leider nicht sehr präzise. Einerseits wird von dem langfristigen Ziel gesprochen, alle Drogen zu legalisieren, andererseits wird einen Satz später davon gesprochen, dass dies die legale und kontrollierte Abgabe an Abhängige bedeute. Ja was denn nun? Freier Drogenmarkt oder kontrollierte Abgabe? Legalisierung oder Entkriminalisierung? Ich sehe hier schon noch Diskussionsbedarf, denn bei solch einem wichtigen Thema sollte man wenigstens in der Begrifflichkeit korrekt sein.

Am 10 August dieses Jahres war im Neuen Deutschland unter dem Titel „Im Dollar-Rausch“ ein leidenschaftliches Plädoyer von Tobias Riegel zur Freigabe von Drogen zu lesen. In dem Artikel fordert Riegel ein strenges staatliches Monopol für die komplett legalisierten verbotenen Substanzen. Dann aber folgt ein interessanter Satz: *„Gegen verbleibende Schwarzmärkte wird konsequent eingeschritten“*. (?) Schwarzmärkte nachdem die Drogen legalisiert wurden? Wie geht denn das? Ganz einfach, ein Beispiel liefert uns dabei der Zigarettenmarkt. Denn Schwarzmärkte entstehen immer dann, wenn durch Restriktionen ein freier Zugang zu den Märkten verwehrt wird. Dies kann z.B. ein Verbot der Ware sein oder aber auch z. B. wie bei den Zigaretten der Preis der Ware auf dem „normalen“ Markt,

der für viele Nachfrager langsam unerschwinglich wird. Lohnt sich unter den bestehenden Bedingungen der Verkauf dieser Ware auf einem Schwarzmarkt, werden wahrscheinlich Anbieter auf dem Schwarzmarkt auftreten wie der florierende Schwarzhandel mit Zigaretten in Deutschland beweist.

Dass heißt in unserem Fall aber genau, dass bei einer staatlich kontrollierten Abgabe die Wahrscheinlichkeit, dass Drogen weiterhin auf einem Schwarzmarkt angeboten werden sehr hoch ist, wie Tobias Riegel in seinem Artikel richtigerweise feststellt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass nur ein frei zugänglicher Drogenmarkt mit ausreichenden Angeboten und erschwinglichen Preisen einen Schwarzmarkt wirksam verhindert. Also doch Legalisierung? Wie gesagt, es besteht Diskussionsbedarf. Völlig unverständlich sind die Vorwürfe von Ben Kretschmar, ich würde den programmatischen Anspruch der Partei in meiner Arbeit im Stadtrat und Drogenbeirat nicht repräsentieren. Immerhin habe ich im Drogenbeirat an den Drogenpolitischen Leitlinien und dem Maßnahmenplan der Stadt mitgearbeitet. Beide Papiere zeugen von hoher Qualität und stehen sehr wohl im Einklang mit unseren programmatischen Forderungen, soweit diese kommunalpolitisch umsetzbar sind. Über die Frage Legalisierung können wir ja wegen mangelnder Zuständigkeit schlecht im Drogenbeirat oder Stadtrat abstimmen. Völlig unverständlich wird der Artikel zum Schluss, als der ehemalige Polizeipräsident Horst Wawrzynski wiederbelebt wird. Aber bevor man mich in einem Atemzug mit Wawrzynski nennt sollte man sich vielleicht darüber kundig machen, dass ich von der Stadt in dieser unsäglichen Diskussion um die Leipziger Drogenpolitik lautstark gefordert hatte, dass die Verwaltung den Thesen Wawrzynskis entschlossen entgegentritt. Vielleicht hilft es dabei auch, mal meine Rede im Stadtrat zum Stimmrecht des Polizeipräsidiums im Drogenbeirat nachzulesen.

**Naomi-Pia Witte**  
Sprecherin für Sozialpolitik

## Tipps und Veranstaltungen

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

### AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16 Leipzig-Grünau

### AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18.00Uhr

### AG Cuba si

2. Dienstag, 19:00 Uhr

### AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

### AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

### AG Kunst und Kultur

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL

### AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro Dr. Runge, Gorkistraße 120

### Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

### AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

### AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL.

### GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

### GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

### ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

### Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

### Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

### Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Conny Falken, Coppistraße 63

### Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

### Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

### Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

**Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.**

### Do., 21. November 2013, 18.00Uhr

»Geschichte der DDR« Lesung / Gespräch Mit Prof. Dr. Jörg Roesler, Spezialist der Wirtschaftsgeschichte; Moderation: Dieter Janke. Die DDR wollte die Bundesrepublik ökonomisch „einholen und überholen“, auf sozialem und gesundheitspolitischen Gebiet ebenso wie bei Ausbildung und Erziehung der BRD überlegen sein. Viele dieser Ziele konnten erreicht werden - mit Ausnahme der ökonomischen. RLS, Harkortstraße 10, Leipzig

### Do., 21. November 2013, 18.00Uhr

Workshop zur Diskussion des Kommunalwahlprogramms, „Die nachhaltig wachsende Stadt“ Liebknecht-Haus, Braustraße 15

### Do., 21. November 2013, 18.00Uhr

Diskussion / Vortrag, Mit Birgit Schmidt, Literaturwissenschaftlerin, Berlin, Die Behandlung bzw. Nichtbehandlung des Holocausts in der DDR-Literatur. REIHE: Der lange Schatten des Stalinismus. Teil 1: Jüdische Kommunisten in der DDR zwischen Anpassung, Denunziation und Verfolgung cineding, Karl-Heine-Straße 83

### Sa., 23. November 2013, 10.00 Uhr

Tagung / Konferenz, Medienkompetenz, Politische Kommunikation im Zeitalter neuer Medien und sozialer Netzwerke.

### Mo., 25. November 2013, 17.00 Uhr

Workshop zur Diskussion des Kommunalwahlprogramms, „Die Bürgerschaftliche Stadt“ Liebknecht-Haus, Braustraße 15

### Mo., 25. November 2013, 13.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr.

Skadi Jennicke, im Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63

### Mo., 25. November 2013, 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Alle 16, Leipzig

### Di., 26. November 2013, 18.00 Uhr

Diskussion / Vortrag, Mit Dr. Gerd Fesler 1813 in der geschichtlichen Reflexion in Ost und West, RLS, Harkortstraße 10, Leipzig

### Mi., 27. November 2013, 19.00 Uhr

Wie weiter mit der Eurokrise? Für das Scheitern neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen derzeit Millionen von Menschen mit massiven Lohnkürzungen und Kahlschlägen in den Sozialsystemen bezahlen. Diskussion mit Fabio Demasi, Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Sahra Wagenknecht, Liebknecht-Haus, Braustraße 15.

### Do., 28. November 2013, 18.30 Uhr

Diskussion / Vortrag, REIHE: Rosa L. in Grünau, mit Boris Krumnow, Politischer Bildner, NGOs, Agentengesetze und „Homosexualismus“ - Zur Situation in Russland, Wurde Medwedjews letzte Amtszeit noch vorsichtig als liberaler Aufbruch gewertet, sind die Daumenschrauben in der neueren Ära Putins deutlich angezogen. Klub Gshelka An der Kotsche 51

### Fr., 29. November 2013, 18.00 Uhr

REIHE: Literaturtee bei Rosa L. Buchvorstellung: Konstantin Wecker: „Meine re-

bellischen Freunde. Ein persönliches Lesebuch“, RLS, Harkortstraße 10, Leipzig

### Mo., 9. Dezember 2013, 17.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Conny Falken MdL, Im Bürgerbüro, Coppistraße 62

### Mo., 9. Dezember 2013, 13.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, im Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63

### Mo., 9. Dezember 2013, 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Alle 16, Leipzig

### Mi., 11. Dezember 2013, 15.00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro MdL Dr. Dietmar Pellmann, Stuttgarter Allee 16

### Mi., 11. Dezember 2013, 19.00 Uhr

Vernissage der Fotoausstellung They can not - We can ! BIO.ME Occupy, Resist, Produce! Politischer Auftaktveranstaltung mit Skype-Liveschaltung zu den ArbeiterInnen nach Thessaloniki. Am 12.12. ist die Ausstellung von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. Am 13.12. findet die Finissage um 20 Uhr im 2ek mit Soliabschlusskonzert mit Hiphop-Musiker Holger Burner und weiteren Musikern statt. 2ek, Zweinaundorfer Str. 22, Leipzig

### Di., 12. Dezember 2013, 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Ilse Lauter, KOMM-Haus, Selliner Straße 17

## Zum vierten mal

Zum vierten Mal! galt es, eine Aktion und Ehrung in der Kamenzer Straße 10 bis 12 durchzuführen, weil eine Schändung der Gedenktafel an der ehemaligen KZ-Außenstelle in der Kamenzer Straße erfolgte. Am 2. Mai 2010 wurden zur Erinnerung an die Opfer der Todesmärsche im Frühjahr 1945 in Leipzig und dem Muldental an zwei Gedenkorten, Heiterblickstraße 26/28 und Kamenzer Straße 10, Gedenktafeln und Wegezeichen installiert.

Damit wird die Erinnerung an die vielen Opfer, deren Qualen und deren Tod aufrechterhalten. Diese Gedenktafeln wurden durch die Gruppe „Gedenkmarsch“ - Leipzig und dem Bund der Antifaschisten e. V. - Leipzig organisiert und finanziert, damit auch diese historischen Orte vielen Leipzigern auffallen mögen. Am 23.08.2010 wurde durch unbekannte Täter das Wegezeichen und zugehörige Gedenktafel in der Kamenzer Straße 10 entfernt und durch ein Haltestellenschild, kombiniert mit einem Panzerschild, ersetzt. Daraufhin wurden am 25. September das gestohlene Wegezeichen und die dazugehörige Gedenktafel wieder errichtet. In der Nacht vom 9. zum 10.10.2010 wurden diese zum zweiten Mal entfernt.

An deren Stelle wurden dieses Mal zwei Zeichen mit der Bezeichnung „Buchenwald“ und „Stalingrad“ und die entsprechende Kilometerangabe angebracht.

In der Zeit zwischen 10. und 29. Januar 2011 wurde die Gedenktafel zum Wegezeichen vor dem Gedenkort in der Kamenzer Straße 10 zum dritten Mal geschändet. Unbekannte Täter haben ein größeres Stück aus der Gedenktafel herausgebrochen und beseitigt.

Am 21. 07.2013 wurde durch unbekannte Täter erneut das Wegezeichen und die dazugehörige Gedenktafel entfernt. Diese verwiesen auf das an dieser Stelle gelegene größte der 8 Leipziger Außenlager des KZ-Buchenwald, in dem zahlreiche polnische ZwangsarbeiterInnen waren. Somit ist es die 4. Schändung der Gedenktafel an der ehemaligen KZ-Außenstelle in der Kamenzer Straße seit der Errichtung der Gedenkinstallation.

Dass es sich hier um eine neonazistisch motivierte Tat handelt, liegt nah. „Ich erinnere zum wiederholten Mal daran, dass der Besitzer des Geländes Kamenzer Straße 10, auf dem zwischen 1944 und 1945 über 5000 Frauen für

die HASAG Panzerfäuste herstellen und Granaten abfüllen mussten und auf dem 800 KZ-Häftlinge untergebracht waren, enge Kontakte ins Neonazimilieu pflegt. In der Vergangenheit fanden in der ehemaligen Werkhalle auf dem Gelände Rechtsrockkonzerte statt“, sagte Stadträtin Juliane Nagel im November 2010. Seitdem hat sich vermutlich nicht viel geändert.

Am Samstag, dem 26. Oktober 2013, 9.00 Uhr, wurde in der Kamenzer Straße 10 das gestohlene Wegezeichen und die dazugehörige Gedenktafel wieder angebracht. Dies geschah im Rahmen einer kleinen Kundgebung vor dem Gedenkort, bei der Renate Peinel, Vorsitzende des VVN-BdA e.V. Leipzig, sprach. Anwesend waren u.a. Richard Gauch, Projektleiter der Gruppe Gedenkmarsch - Leipzig und Siegmund Mai, Sprecher der AG Frieden und Gedenken, der stellvertretende Direktor des Polnischen Instituts Leipzig Wojciech Więckowski sowie der Vorsitzende der Leipziger LINKEN Dr. Volker Külöw.

**Siegmond Mai**  
AG Frieden und Gedenken

## Gründung einer Projektgruppe „fahrscheinloser ÖPNV in Leipzig“

Der Stadtvorstand hat die Gründung einer Projektgruppe „fahrscheinloser ÖPNV in Leipzig“ beschlossen. Das Hauptziel besteht zunächst darin, auf der Grundlage der vorliegenden Studie bis zum 30. März 2014 ein Konzept zu erarbeiten, das die entsprechenden Forderungen im Kommunalwahlprogramm 2014 in qualifizierter Weise

untersetzt und im Kommunalwahlkampf in geeigneter Weise öffentlich kommuniziert werden kann.

Die Gründung der Projektgruppe erfolgt am Dienstag, den 26. November 2013, 19.00 Uhr, im Liebknecht-Haus. Alle interessierten Mitglieder und SympathisantInnen der Partei sind herzlich zur Mitarbeit in der Projektgruppe

eingeladen. Interessierte melden sich bitte in der Geschäftsstelle bei Steffi Deutschmann unter 0341 - 14 06 44 11 an. Die vom Stadtvorstand in Auftrag gegebene Studie zum Thema wird nach der Anmeldung per Mail zur Verfügung gestellt.

**Dr. Volker Külöw**

### Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11, Fax: 0341/14 06 44 18, web: [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de)  
email: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)  
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92  
Redaktion: Steffi Deutschmann, Dr. Christina Mertha, Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.) Simon Zeise  
Gestaltung: Naomi-Pia Witte  
Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 12/2013 ist Dienstag, der 03. Dezember 2013. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnhaltende Kürzungen vor.